

Klaus Mindrup

- (A) (Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Mini-Mietpreisbremse! – Gegenruf der Abg. Ulli Nissen [SPD]: Immer nur meckern!)

Aber wir sind noch lange nicht durch. Ich möchte aus dem Koalitionsvertrag zitieren:

Durch eine Anpassung der Härtefallklausel ... werden wir einen wirksamen Schutz der Mieter vor finanzieller Überforderung bei Sanierungen gewährleisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Christian Kühn [Tübingen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie denn?)

Wir werden auch die Modernisierungumlage neu regeln. Wir brauchen gutes und bezahlbares Wohnen für alle Mieterinnen und Mieter. Dafür steht diese Koalition, und daran arbeitet diese Koalition.

Danke schön für die Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen schöne Ostertage. Wir sehen uns nach Ostern wieder. Alles Gute!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Wir beenden damit die Aussprache und kommen zu den Abstimmungen über die Tagesordnungspunkte 22 a bis 22 c.

- (B) Hierzu liegt eine Reihe von Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor.¹⁾

Tagesordnungspunkt 22 a. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4419 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22 b. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke zur Reform der Liegenschaftsveräußerungen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/3873, den Gesetzentwurf der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/2882 abzulehnen. Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf auf Verlangen der Fraktion Die Linke namentlich ab.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind alle Plätze an den Urnen besetzt? – Ich sehe, das ist der Fall. Ich eröffne die namentliche Abstimmung über den Gesetzentwurf auf Drucksache 18/2882.

Ist ein Mitglied des Hauses da, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Vielleicht wäre es gut, wenn alle, die schon abgestimmt haben, sich einmal von den Urnen entfernen würden; dann hätte ich von hier aus eine bessere Übersicht. Haben jetzt alle Mitglieder des Hauses Ihre Stimmkarte abgegeben? – Ich sehe, das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführe-

rinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾ (C)

Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen; denn wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 22 c. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Liegenschaftspolitik des Bundes“. Unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/3873 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 18/3044. Wir stimmen nun über Buchstabe b der Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Sind die Plätze an den Urnen besetzt? – Ich sehe, das ist der Fall. Ich eröffne die Abstimmung über Buchstabe b der Beschlussempfehlung.

Ist ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Ich sehe, dass alle Stimmen abgegeben sind. Damit schließe ich die Aussprache.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.³⁾

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 23 a und 23 b auf:

- a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehhalter sichern (D)

Drucksache 18/4424

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landwirtschaft braucht flächendeckende Milchviehhaltung – Bäuerliche Milcherzeuger stärken – Milchpreise stabilisieren

Drucksache 18/4330

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die Bundesregierung der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser.

(Beifall bei der CDU/CSU)

¹⁾ Anlage 7

²⁾ Ergebnis Seite 9384 C

³⁾ Ergebnis Seite 9386 B

(A) **Peter Bleser**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst den Minister entschuldigen, der wegen eines Trauerfalls in seiner Heimat sein muss.

Wir werden in vier Tagen den 31 Jahre andauernden Versuch staatlicher Mengenregulierung beenden. Am Mittwoch nächster Woche ist die EU-Milchquotenregelung Geschichte, und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Beschlossen wurde der Ausstieg aus dieser Quotenregelung 2003 in Europa. Ich darf daran erinnern, dass damals Frau Künast Landwirtschaftsministerin war und diesen Beschluss mitgetragen hat. Das erwähne ich, um von vornherein klarzustellen, wie die politische Geschäftslage ist.

Die Milchquotenregelung hat ihre Ziele nie erreicht. Sie konnte sie auch nie erreichen, weil staatliche Markteingriffe vom Prinzip her nie auf Dauer funktionieren können. Nachdem man nach dem Krieg die Nahrungsmittelproduktion mit festgesetzten Interventionspreisen richtigerweise angereizt hatte, glaubte man damals allerdings, diesen kostenintensiven landwirtschaftlichen Produktionsbereich sowie die entstandenen Milchseen und Butterberge mithilfe einer Quotenregelung in den Griff zu bekommen. Ich will den damaligen Kolleginnen und Kollegen aus heutiger Sicht nicht absprechen, dass ihre Zielrichtung richtig war. Diese Regelung hat damals Marktbrüche durchaus verhindert. Aber man hätte viel früher aussteigen müssen.

(B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Denn diese Quotenregelung hat die Milchbauern sehr viel Geld gekostet und zu einer starken Reglementierung geführt. Die gewünschten Ziele betreffend die Einkommenssituation wurden bei weitem nicht erreicht.

Noch 1984 gab es knapp 370 000 Milcherzeuger in Deutschland. Heute sind es nur noch 77 000. Das ist eine Folge des Strukturwandels, den die Milchquotenregelung ebenfalls nicht verhindern konnte. Der Bauernverband schätzt, dass in diesem Zeitraum über 4 Milliarden Euro Quotenkosten von den Landwirten zu tragen waren. Auch das wirkte sich letztlich einkommensmindernd aus. Wir haben allein 1,9 Milliarden Euro als Superabgabe an Brüssel zahlen müssen. Noch im letzten Jahr waren es 163 Millionen Euro. Das alles geht vom landwirtschaftlichen Einkommen ab. Deswegen ist es gut, dass diese Quote abgeschafft wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir haben aber nicht nur wie das Kaninchen auf die Schlange auf das erwähnte Datum geschaut. Vielmehr haben wir schon 2005 begonnen, eine Exportstrategie zu entwickeln. Wir sind auf die Märkte gegangen. Wir hatten in den letzten Jahren große Zuwachsraten gerade in diesem Bereich zu verzeichnen. Heute steht im *Münchener Merkur*: „Die Jagd nach dem weißen Pulver“. Wahrscheinlich verstehen die Grünen etwas anderes darunter als wir. Wir verstehen darunter Milchpulver.

(C) (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Sylvia Kötting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo werden denn die Drogen hier im Bundestag gefunden?)

Wenn uns Besitzer von Drogerien sagen, dass ganze Heerscharen dort die Regale mit Babymilchpulver leerräumen, um es nach China schicken zu können, dann ist dies ein Kompliment für die Qualität der deutschen Milchproduktion, das nicht größer sein könnte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese Strategie der Öffnung der Märkte und des Abschaffens der Exportsubventionen – wir wollen uns den Märkten stellen – funktioniert. Im letzten Jahr haben wir 18 Millionen Tonnen Milchäquivalente exportiert und 61 Prozent mehr Magermilchpulver – dieses weiße Pulver – verkauft. Dadurch haben wir auch von den hohen Weltmarktpreisen profitieren können.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Große Wertschöpfung!)

Wir haben im letzten Jahr Milchprodukte im Wert von 9,5 Milliarden Euro exportieren können. Fast 8 Milliarden Euro Umsatz erzielten wir mit Ländern der Europäischen Union, und der Rest ging in Länder außerhalb der Euro-Zone, wo unsere Produkte ebenfalls sehr begehrt sind.

(D) Meine Damen und Herren, ich appelliere an uns alle, mehr Vertrauen in die Märkte zu haben. Wir sind mit Sicherheit gut aufgestellt; denn die deutsche Milchproduktion ist wettbewerbsfähig.

Trotzdem haben wir es nicht versäumt, ein Sicherheitsnetz auf europäischer Ebene zu spannen. Es gibt eine Schwelle, ab der die Kommission entscheiden kann – zum Beispiel bei schweren Marktstörungen –, ob es hilfreich und notwendig ist, vorübergehend einzugreifen, um eine große Kapitalvernichtung in der Landwirtschaft zu vermeiden. Es gibt also – und das ist auch richtig – ein Sicherheitsnetz,

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 21 Cent!)

zugegebenermaßen unterhalb der Wirtschaftlichkeitsgrenze.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man wohl sagen!)

Mit der letzten Agrarreform ist es gelungen, erheblich mehr Mittel für die zweite Säule zur Verfügung zu stellen, um die Milchkühe durch staatliche Transferleistungen gerade in den Regionen zu halten, in denen wir sie halten wollen: in den benachteiligten Gebieten, in den Berggebieten, in den Grünlandgebieten. Damit wollen wir auch die gewünschte Wirkung in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft erzeugen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, auch unsere Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des

Parl. Staatssekretär Peter Bleser

- (A) Küstenschutzes“ hilft den Landwirten, sich auf die Marktbedingungen einzustellen – bei gleichzeitiger Einhaltung höchster Tierschutzniveaus. Ein Landwirt kann eine Förderung von 40 Prozent erhalten, wenn er tiergerechte Ställe baut. Es gibt keine Produktion in der Landwirtschaft, die die Zielvorgaben bezüglich des Tierwohls derart erfüllt wie die Milchtierhaltung.

(Rainer Spiering [SPD]: Ja!)

Ich bitte gerade die Grünen, das Bauernbashing in diesem Bereich endlich einzustellen. Das trifft Menschen, die jeden Tag sehr hart arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Produktionskosten sind unterschiedlich hoch, und wir müssen uns dem Wettbewerb stellen. Wir müssen aber auch wissen, dass wir nicht nur aufgrund der Produktion im Stall, im landwirtschaftlichen Betrieb, wettbewerbsfähig sind, sondern dazu gehören auch die Transportkette, die Verarbeitung und der Lebensmittel-einzelhandel. In der Summe sind wir wettbewerbsfähig.

Ich habe es schon gesagt: Unsere Produkte sind in der Welt sehr begehrt. In China muss die deutsche Schrift auf Milchpackungen sein, weil das das Vertrauen in die Produkte erhöht. Das ist ein Zeichen, das uns sehr zufrieden machen muss.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Wir wissen nicht – das wird in der Debatte nachher sicherlich noch angesprochen werden –, wie die Marktlage in den nächsten Monaten sein wird. Wir wissen aber, dass langfristig mehr Milch gebraucht wird, weil die Weltbevölkerung wächst und weil sich die Verzehrsgewohnheiten ändern, und wir wissen, dass Qualität wichtig ist, um in diesen Märkten zu bestehen.

Ich darf Ihnen am Schluss sagen, dass sich die Landwirte darauf verlassen können, dass die Bundesregierung ihnen zur Seite steht. Ich bin ein Milchbauer!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Ich gebe Ihnen die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen** bekannt:

Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Liegenschaftsveräußerungen, Drucksachen 18/2882 und 18/3873: abgegebene Stimmen 520. Mit Ja haben gestimmt 56, mit Nein haben gestimmt 409, Enthaltungen 55. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung abgelehnt.

Endgültiges Ergebnis		
(B) Abgegebene Stimmen:	519;	Jutta Krellmann
davon		Caren Lay
ja:	55	Sabine Leidig
nein:	409	Ralph Lenkert
enthalten:	55	Michael Leutert
		Stefan Liebich
		Dr. Gesine Löttsch
		Thomas Lutze
		Birgit Menz
		Cornelia Möhring
		Niema Movassat
		Norbert Müller (Potsdam)
		Dr. Alexander S. Neu
		Thomas Nord
		Petra Pau
		Harald Petzold (Havelland)
		Martina Renner
		Michael Schlecht
		Dr. Petra Sitte
		Kersten Steinke
		Dr. Kirsten Tackmann
		Azize Tank
		Kathrin Vogler
		Dr. Sahra Wagenknecht
		Halina Wawzyniak
		Katrin Werner
		Birgit Wöllert
		Jörn Wunderlich
		Hubertus Zdebel
		Pia Zimmermann
		Sabine Zimmermann
		(Zwickau)

Ja

DIE LINKE

Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Andrej Hunko
Sigrid Hupach
Ulla Jelpke
Susanna Karawanskij
Katja Kipping
Jan Korte

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Hans-Christian Ströbele

Nein

CDU/CSU

Stephan Albani
Katrin Albsteiger
Artur Auernhammer
Günter Baumann
Maik Beermann
Manfred Behrens (Börde)
Sybille Benning
Dr. André Berghegger
Dr. Christoph Bergner
Ute Bertram
Peter Beyer
Steffen Bilger
Peter Bleser
Dr. Maria Böhmer
Norbert Brackmann
Klaus Brähmig
Michael Brand
Dr. Reinhard Brandl
Helmut Brandt
Dr. Ralf Brauksiepe
Heike Brehmer
Ralph Brinkhaus
Cajus Caesar
Gitta Connemann
Alexandra Dinges-Dierig
Alexander Dobrindt

Michael Donth
Thomas Dörflinger
Marie-Luise Dött
Hansjörg Durz
Hermann Färber
Uwe Feiler
Dr. Thomas Feist
Enak Ferlemann
Ingrid Fischbach
Dirk Fischer (Hamburg)
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Dr. Maria Flachsbarth
Thorsten Frei
Dr. Astrid Freudenstein
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Michael Frieser
Alexander Funk
Ingo Gädechens
Dr. Thomas Gebhart
Alois Gerig
Eberhard Gienger
Cemile Giousouf
Josef Göppel
Ursula Groden-Kranich
Hermann Gröhe
Klaus-Dieter Gröhler
Michael Grosse-Brömer
Astrid Grotelischen
Markus Grübel
Manfred Grund
Oliver Grundmann
Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach

(D)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|---|-----|
| (A) | Fritz Güntzler
Christian Haase
Florian Hahn
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Helmut Heiderich
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Jörg Hellmuth
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Alexander Hoffmann
Thorsten Hoffmann
(Dortmund)
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek
Sylvia Jörrißen
Andreas Jung | Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Antje Lezius
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Julia Obermeier
Wilfried Oellers
Florian Obner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Heiko Schmelzle
Ronja Schmitt (Althengstett) | Patrick Schnieder
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storzjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Karl-Georg Wellmann
Waldemar Westermayer
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhr
Barbara Woltmann
Tobias Zech
Heinrich Zertik | Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner | (C) |
| | | | SPD
Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Dr. Katarina Barley
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Marco Bülow
Martin Burkert
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Sabine Dittmar
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmund Ehrmann
Michaela Engelmeier
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Dr. Ute Finckh-Krämer
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Ulrich Freese
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Angelika Glöckner
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Christina Kampmann | (D) | |
| (B) | Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lagosky
Dr. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger
Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert | | | | |

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

(A)	Ralf Kapschack Gabriele Katzmarek Ulrich Kelber Marina Kermer Cansel Kiziltepe Arno Klare Lars Klingbeil Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe Birgit Kömpel Anette Kramme Helga Kühn-Mengel Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Dr. Karl Lauterbach Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Hiltrud Lotze Kirsten Lühmann Dr. Birgit Malecha-Nissen Caren Marks Klaus Mindrup Susanne Mittag Bettina Müller Detlef Müller (Chemnitz) Michelle Müntefering Dr. Rolf Mützenich Ulli Nissen Mahmut Özdemir (Duisburg) Markus Paschke Christian Petry Detlev Pilger Florian Post Achim Post (Minden) Dr. Wilhelm Priesmeier	Martin Rabanus Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Andreas Rimkus Sönke Rix Dennis Rohde Dr. Martin Rosemann Susann Rüthrich Bernd Rützel Johann Saathoff Annette Sawade Dr. Hans-Joachim Schabedoth Axel Schäfer (Bochum) Dr. Nina Scheer Marianne Schieder Udo Schiefner Dr. Dorothee Schlegel Ulla Schmidt (Aachen) Matthias Schmidt (Berlin) Carsten Schneider (Erfurt) Ursula Schulte Swen Schulz (Spandau) Stefan Schwartz Andreas Schwarz Rita Schwarzelühr-Sutter Rainer Spiering Norbert Spinrath Svenja Stadler Martina Stamm-Fibich Sonja Steffen Michael Thews Carsten Träger Rüdiger Veit Ute Vogt Dirk Vöpel	Bernd Westphal Andrea Wicklein Dirk Wiese Waltraud Wolff (Wolmirstedt) Gülistan Yüksel Dagmar Ziegler Stefan Zierke Dr. Jens Zimmermann Manfred Zöllmer Brigitte Zypries	Tom Koenigs Sylvia Kotting-Uhl Oliver Krischer Stephan Kühn (Dresden) Christian Kühn (Tübingen) Renate Künast Markus Kurth Monika Lazar Steffi Lemke Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Peter Meiwald Irene Mihalic Beate Müller-Gemmeke Özcan Mutlu Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Cem Özdemir Lisa Paus Brigitte Pothmer Tabea Rößner Manuel Sarrazin Ulle Schauws Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Kordula Schulz-Asche Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Markus Tresselt Jürgen Trittin Dr. Julia Verlinden Doris Wagner Beate Walter-Rosenheimer Dr. Valerie Wilms	(C)
		Enthalten			
		BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN			
		Luise Amtsberg Annalena Baerbock Volker Beck (Köln) Dr. Franziska Brantner Ekin Deligöz Katja Dörner Katharina Dröge Harald Ebner Dr. Thomas Gambke Matthias Gastel Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Anja Hajduk Britta Haßelmann Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Dieter Janecek Uwe Kekeritz Katja Keul Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink			
(B)	Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Dr. Simone Raatz			(D)	

Das Ergebnis der Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Titel „Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Liegenschafts-

politik des Bundes“, Drucksachen 18/3044 und 18/3873, lautet: abgegebene Stimmen 520. Mit Ja haben gestimmt 410, mit Nein haben gestimmt 56, Enthaltungen 54. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Endgültiges Ergebnis	Manfred Behrens (Börde)	Gitta Connemann	Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Abgegebene Stimmen: 520;	Sybille Benning	Alexandra Dinges-Dierig	Michael Frieser
davon	Dr. André Berghegger	Alexander Dobrindt	Alexander Funk
ja: 410	Dr. Christoph Bergner	Michael Donth	Ingo Gädechens
nein: 56	Ute Bertram	Thomas Dörflinger	Dr. Thomas Gebhart
enthalten: 54	Peter Beyer	Marie-Luise Dött	Alois Gerig
	Steffen Bilger	Hansjörg Durz	Eberhard Gienger
	Peter Bleser	Hermann Färber	Cemile Giousouf
Ja	Dr. Maria Böhmer	Uwe Feiler	Josef Göppel
	Norbert Brackmann	Dr. Thomas Feist	Ursula Groden-Kranich
CDU/CSU	Klaus Brähmig	Enak Ferlemann	Hermann Gröhe
Stephan Albani	Michael Brand	Ingrid Fischbach	Klaus-Dieter Gröhler
Katrin Albsteiger	Dr. Reinhard Brandl	Dirk Fischer (Hamburg)	Michael Grosse-Brömer
Artur Auernhammer	Helmut Brandt	Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)	Astrid Grotelüschen
Dorothee Bär	Dr. Ralf Brauksiepe	Dr. Maria Flachsbarth	Markus Grübel
Günter Baumann	Heike Brehmer	Thorsten Frei	Manfred Grund
Maik Beermann	Ralph Brinkhaus	Dr. Astrid Freudenstein	Oliver Grundmann
	Cajus Caesar		

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- | | | | | | |
|-----|---|--|--|--|-----|
| (A) | <p>Monika Grütters
Dr. Herlind Gundelach
Fritz Güntzler
Christian Haase
Florian Hahn
Jürgen Hardt
Matthias Hauer
Mark Hauptmann
Dr. Stefan Heck
Dr. Matthias Heider
Helmut Heiderich
Frank Heinrich (Chemnitz)
Mark Helfrich
Uda Heller
Jörg Hellmuth
Rudolf Henke
Michael Hennrich
Ansgar Heveling
Peter Hintze
Christian Hirte
Dr. Heribert Hirte
Alexander Hoffmann
Thorsten Hoffmann
(Dortmund)
Karl Holmeier
Franz-Josef Holzenkamp
Dr. Hendrik Hoppenstedt
Margaret Horb
Bettina Hornhues
Charles M. Huber
Anette Hübinger
Hubert Hüppe
Erich Irlstorfer
Thomas Jarzombek</p> | <p>Paul Lehrieder
Dr. Katja Leikert
Dr. Philipp Lengsfeld
Dr. Andreas Lenz
Philipp Graf Lerchenfeld
Antje Lezius
Matthias Lietz
Andrea Lindholz
Patricia Lips
Wilfried Lorenz
Dr. Claudia Lücking-Michel
Daniela Ludwig
Karin Maag
Yvonne Magwas
Thomas Mahlberg
Dr. Thomas de Maizière
Gisela Manderla
Matern von Marschall
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Reiner Meier
Dr. Michael Meister
Jan Metzler
Maria Michalk
Dr. Mathias Middelberg
Dietrich Monstadt
Karsten Möring
Marlene Mortler
Elisabeth Motschmann
Dr. Gerd Müller
Carsten Müller
(Braunschweig)
Stefan Müller (Erlangen)</p> | <p>Heiko Schmelzle
Ronja Schmitt (Althengstett)
Patrick Schnieder
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Ole Schröder
Dr. Kristina Schröder
(Wiesbaden)
Bernhard Schulte-Drüggelte
Dr. Klaus-Peter Schulze
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Christina Schwarzer
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Tino Sorge
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Dr. Wolfgang Stefinger
Albert Stegemann
Peter Stein
Sebastian Steineke
Johannes Steiniger
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Karl-Georg Wellmann
Waldemar Westermayer
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhl
Barbara Woltmann</p> | <p>Tobias Zech
Heinrich Zertik
Emmi Zeulner
Dr. Matthias Zimmer
Gudrun Zollner</p> <p>SPD</p> <p>Niels Annen
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heike Baehrens
Ulrike Bahr
Dr. Katarina Barley
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Dr. Matthias Bartke
Sören Bartol
Bärbel Bas
Lothar Binding (Heidelberg)
Burkhard Blienert
Willi Brase
Marco Bülow
Martin Burkert
Petra Crone
Bernhard Daldrup
Dr. Daniela De Ridder
Dr. Karamba Diaby
Sabine Dittmar
Elvira Drobinski-Weiß
Siegmond Ehrmann
Michaela Engelmeier
Saskia Esken
Karin Evers-Meyer
Dr. Fritz Felgentreu
Elke Ferner
Dr. Ute Finckh-Krämer
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Ulrich Freese
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Angelika Glöckner
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek</p> | (C) |
| (B) | <p>Sylvia Jörrißen
Andreas Jung
Dr. Franz Josef Jung
Xaver Jung
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Steffen Kanitz
Alois Karl
Anja Karliczek
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Dr. Georg Kippels
Volkmar Klein
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Markus Koob
Carsten Körber
Kordula Kovac
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Roy Kühne
Günter Lach
Uwe Lagosky
Dr. Karl A. Lamers
Andreas G. Lämmel
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Barbara Lanzinger</p> | <p>Dr. Philipp Murmann
Dr. Andreas Nick
Michaela Noll
Helmut Nowak
Dr. Georg Nüßlein
Julia Obermeier
Wilfried Oellers
Florian Oßner
Dr. Tim Ostermann
Henning Otte
Ingrid Pahlmann
Sylvia Pantel
Martin Patzelt
Dr. Martin Pätzold
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Kerstin Radomski
Alexander Radwan
Alois Rainer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht
Anita Schäfer (Saalstadt)
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski</p> | <p>Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Antje Tillmann
Astrid Timmermann-Fechter
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Volker Ullrich
Arnold Vaatz
Oswin Veith
Thomas Viesehon
Michael Vietz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Sven Volmering
Christel Voßbeck-Kayser
Kees de Vries
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Nina Warken
Albert Weiler
Marcus Weinberg (Hamburg)
Dr. Anja Weisgerber
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Karl-Georg Wellmann
Waldemar Westermayer
Kai Whittaker
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Heinz Wiese (Ehingen)
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Oliver Wittke
Dagmar G. Wöhl
Barbara Woltmann</p> | <p>Elke Ferner
Dr. Ute Finckh-Krämer
Christian Flisek
Gabriele Fograscher
Ulrich Freese
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Angelika Glöckner
Kerstin Griese
Gabriele Groneberg
Uli Grötsch
Bettina Hagedorn
Rita Hagl-Kehl
Metin Hakverdi
Ulrich Hampel
Sebastian Hartmann
Dirk Heidenblut
Gabriela Heinrich
Marcus Held
Wolfgang Hellmich
Dr. Barbara Hendricks
Heidtrud Henn
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Petra Hinz (Essen)
Thomas Hitschler
Dr. Eva Högl
Matthias Ilgen
Christina Jantz
Frank Junge
Josip Juratovic
Thomas Jurk
Oliver Kaczmarek</p> | (D) |

Vizepräsidentin Ulla Schmidt

- | | | | | | |
|-----|--|---|---|---|-----|
| (A) | Johannes Kahrs
Christina Kampmann
Ralf Kapschack
Gabriele Katzmarek
Ulrich Kelber
Marina Kermer
Cansel Kiziltepe
Arno Klare
Lars Klingbeil
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe
Birgit Kömpel
Anette Kramme
Helga Kühn-Mengel
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Hiltrud Lotze
Kirsten Lühmann
Dr. Birgit Malecha-Nissen
Caren Marks
Klaus Mindrup
Susanne Mittag
Bettina Müller
Detlef Müller (Chemnitz)
Michelle Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Ulli Nissen
Mahmut Özdemir (Duisburg)
Markus Paschke
Christian Petry
Detlev Pilger
Florian Post
Achim Post (Minden)
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Dr. Simone Raatz
Martin Rabanus
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Andreas Rimkus
Sönke Rix
Dennis Rohde
Dr. Martin Rosemann
Susann Rührich
Bernd Rützel
Johann Saathoff
Annette Sawade | Dr. Hans-Joachim Schabedoth
Axel Schäfer (Bochum)
Dr. Nina Scheer
Marianne Schieder
Udo Schiefner
Dr. Dorothee Schlegel
Ulla Schmidt (Aachen)
Matthias Schmidt (Berlin)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ursula Schulte
Swen Schulz (Spandau)
Stefan Schwartz
Andreas Schwarz
Rita Schwarzelühr-Sutter
Rainer Spiering
Norbert Spinrath
Svenja Stadler
Martina Stamm-Fibich
Sonja Steffen
Michael Thews
Carsten Träger
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dirk Vöpel
Bernd Westphal
Andrea Wicklein
Dirk Wiese
Waltraud Wolff (Wolmirstedt)
Gülistan Yüksel
Dagmar Ziegler
Stefan Zierke
Dr. Jens Zimmermann
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | Katrin Göring-Eckardt
Anja Hajduk
Britta Haßelmann
Dr. Anton Hofreiter
Bärbel Höhn
Dieter Janecek
Uwe Kekeritz
Katja Keul
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Tom Koenigs
Sylvia Kötting-Uhl
Oliver Krischer
Stephan Kühn (Dresden)
Christian Kühn (Tübingen)
Renate Künast
Markus Kurth
Monika Lazar
Steffi Lemke
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Peter Meiwald
Irene Mihalic
Beate Müller-Gemmeke
Özcan Mutlu
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Cem Özdemir
Lisa Paus
Brigitte Pothmer
Tabea Röbner
Manuel Sarrazin
Ulle Schauws
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Kordula Schulz-Asche
Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
Hans-Christian Ströbele
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Dr. Julia Verlinden
Doris Wagner
Beate Walter-Rosenheimer
Dr. Valerie Wilms | Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Dr. André Hahn
Dr. Rosemarie Hein
Inge Höger
Andrej Hunko
Sigrid Hupach
Ulla Jelpke
Susanna Karawanskij
Katja Kipping
Jan Korte
Jutta Krellmann
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Dr. Gesine Lötzsich
Thomas Lutze
Birgit Menz
Cornelia Möhring
Niema Movassat
Norbert Müller (Potsdam)
Dr. Alexander S. Neu
Thomas Nord
Petra Pau
Harald Petzold (Havelland)
Martina Renner
Michael Schlecht
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Dr. Kirsten Tackmann
Azize Tank
Kathrin Vogler
Dr. Sahra Wagenknecht
Halina Wawzyniak
Katrin Werner
Birgit Wöllert
Jörn Wunderlich
Hubertus Zdebel
Pia Zimmermann
Sabine Zimmermann (Zwickau) | (C) |
| (B) | Nein

BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

Luise Amtsberg
Annalena Baerbock
Volker Beck (Köln)
Dr. Franziska Brantner
Ekin Deligöz
Katja Dörner
Katharina Dröge
Harald Ebner
Dr. Thomas Gambke
Matthias Gastel
Kai Gehring | Enthalten

DIE LINKE

Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens | (D) | | |

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! In ein paar Tagen fällt nun die Brüsseler Milchquote. Seit 1984 durften Milchbäuerinnen und Milchbauern nur die Milchmenge produzieren, die sie

vorher über die Quote teuer gekauft hatten. Damit sollten Milchseen und Butterberge verhindert werden und die Preise stabil bleiben.

Aber das hat – zugegeben – nur begrenzt funktioniert: Das Höfesterben wurde nicht aufgehalten, und seit circa 2007 schwankt der Milchpreis wieder erheblich. Viele können sich sicherlich noch an die europaweiten Milchstreiks vor einigen Jahren erinnern. Legendär war die tagelange Belagerung des Kanzlerinnenamtes durch Milchbäuerinnen; das hat mich sehr beeindruckt. Die

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Politik hat schließlich reagiert. Heraus kam eine sogenannte Kuhschwanzprämie, also Geld für die Betriebe. Allerdings war das eher eine Sterbe- als eine Überlebenshilfe. Das haben wir von Anfang an kritisiert, und leider haben wir damit recht behalten.

Manche jubeln jetzt darüber, dass die Fesseln der Quote endlich fallen, damit sie endlich so viel Milch produzieren können, wie sie wollen. Wachstum ist hier das Zauberwort. Der Preis für diese Freiheit könnte sich aber als sehr hoch erweisen; denn die Profiteure dieser Entscheidung arbeiten nicht in den Kuhställen. Sie sitzen vor allen Dingen in den Chefetagen des Lebensmitteleinzelhandels und der Molkereien. Sie werden bald auf große Mengen billiger Milch zugreifen können. Gleichzeitig haben sie die Marktmacht, die Preise für die Erzeuger noch unter die Erzeugungskosten zu drücken, zum Wohl der eigenen Profite. Ich finde, das ist absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Die Verlierer sind vor allen Dingen die Milchviehbetriebe, die ihre Leute gut bezahlen, die ihren Kühen etwas mehr Komfort bieten oder die an schwierigen Standorten arbeiten, zum Beispiel im Mittelgebirge; denn in diesem ruinösen Wettbewerb geht es vor allen Dingen um niedrige Erzeugungskosten. Als Linke sage ich: Das ist ein Irrweg.

(Beifall bei der LINKEN)

- (B) Nun heißt es ja immer, dass der nimmersatte Weltmarkt nur auf die deutsche Milch warten würde. Ich zitiere dazu nur zwei Schlagzeilen aus diesem Jahr. Im Januar stand in den Zeitungen: Bauern in China schütten Milch weg, weil seit August die Preise kontinuierlich gesunken waren. – Anfang März hieß es: „Aldi-Kunden bekommen Dürre in Neuseeland beim Butterpreis zu spüren“. – Die Botschaft ist doch klar: China kann die steigende Nachfrage selbst decken. Die Lebensmittelpreise in den Supermärkten sind von den Erzeugungskosten hierzulande längst abgekoppelt. Sie folgen globalen Einflüssen bis hin zu Währungsschwankungen und Embargos.

Der Traum von einem blühenden Exportmarkt hat das klare Potenzial zu einem veritablen Alptraum. Das Risiko müssen vor allen Dingen die Milchviehbetriebe tragen. Ich finde, das ist ausgesprochen unfair, und das kann auch so nicht bleiben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In der öffentlichen Anhörung dazu am vergangenen Montag erklärten uns dann einige Experten, man könne doch Warenterminbörsen für Milch zur Risikominimierung nutzen. Gerade nach der Finanzmarktkrise finde ich diesen Vorschlag abenteuerlich. Die Linke sagt klar: Milch ist keine Ramschware für den Weltmarkt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (C) Deshalb müssen wir bei der Milchpolitik wieder die Menschen und die Kühe in den Mittelpunkt stellen. Es gibt doch Alternativen. In der Anhörung am Montag hat uns beispielsweise Gunnar Hemme von der Hemme-Milch deutlich erklärt: Er verarbeitet die Milch von drei regionalen Erzeugern. Untereinander werden die Preisschwankungen ausgeglichen. Auf dem Berliner und Brandenburger Markt findet die Hemme-Milch aus der Uckermark großen Zuspruch. – In einem solchen solidarischen Regionalprinzip gelingt übrigens auch die Steuerung der Milchmenge ohne eine Quote. Auch die Kuh genießt eine höhere Akzeptanz, wenn sie für den eigenen Markt produziert und nicht für China.

Was muss sich also ändern, damit Milch nachhaltig und flächendeckend produziert werden kann? Ich nenne zehn wichtige Punkte:

Erstens. Wir brauchen wieder mehr regionale Molkereien, insbesondere in Ostdeutschland.

Zweitens. Wir brauchen kostendeckende Erzeugerpreise, und Lebensmittel müssen trotzdem bezahlbar bleiben.

Drittens. Dazu brauchen wir faire Marktregeln. Dafür muss das Kartellrecht endlich gegen die Marktmacht der Supermärkte und der Molkereien durchgreifen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Viertens. Regionale Produkte müssen leichterem Zugang zu den Supermärkten bekommen.

- (D) Fünftens. Sonderangebote bei Lebensmitteln müssen endlich verboten werden.

Sechstens. Irreführende Werbung muss verboten werden. Wo Weidemilch draufsteht, muss sie auch drin sein.

Siebtens. Boden- und Pachtpreise müssen wieder durch Milchproduktion finanzierbar sein.

Achtens. Ein Flächenerhaltungsgebot muss sichern, dass Milchviehbetriebe ihre Flächen nicht – jedenfalls nicht ohne Not – für Biogas, Straßenbau oder Photovoltaik verlieren.

Neuntens wird gut ausgebildetes und gut bezahltes Betreuungspersonal für die Tiere gebraucht.

Zehntens. Dieser Punkt ist mir besonders wichtig: Wir brauchen Milchbetriebsleiterinnen und -betriebsleiter, denen es nicht um kurzfristige Höchstleistungen geht, sondern die die Lebensleistung der Kühe in den Mittelpunkt stellen.

Das bedeutet übrigens – damit komme ich zum Schluss – kein Klein-Klein der Milchproduktion; es geht vielmehr darum, dass sie angepasst an die Region und ohne Größenwahn betrieben wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche frohe Ostern mit glücklichen Hasen und glücklichen Hühnern.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Und glücklichen Kühen. – Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Wilhelm Priesmeier, SPD-Fraktion.

Dr. Wilhelm Priesmeier (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Zuhörer auf den Tribünen! Ich freue mich, dass kurz vor Ostern das Interesse an dem Thema Milch noch so groß ist. Mich hat das Thema begleitet, seit ich im Deutschen Bundestag bin und auch schon die vielen Jahre davor in meinem beruflichen Leben. Ich komme aus einem Betrieb, in dem immer gemolken worden ist. Ende der 60er-Jahre gab es plötzlich Abschlichtprämien und Investitionsprämien, und irgendwann war mit dem Gesamtkonzept der europäischen Agrarpolitik die Produktion so weit gestiegen, dass wir aufgrund der sprichwörtlich gewordenen Milchseen und Butterberge in den 80er-Jahren handeln mussten. In dieser Zeit wurde auch die Quote eingeführt.

Damals war ich schon in meiner eigenen tierärztlichen Praxis von den Folgewirkungen dieser Quotenregelung betroffen. Wir haben eine ganze Reihe gerichtlicher Auseinandersetzungen geführt. Es ging dabei um Härtefallregelungen und Härtefallklauseln. All das haben wir hier dann auch kennengelernt: Die Folgen der damaligen Regelungen mussten wir auch politisch beseitigen.

Wir haben Anpassungen vorgenommen. Wir haben das damalige Quotensystem stetig verändern müssen und dazu beigetragen, dass wir das Quotensystem nächste Woche endgültig abschaffen können. Das war ein kontinuierlicher Prozess, an dem die Bauern beteiligt gewesen sind; sie hatten hohe Ausgaben, die nicht dem Sektor zugutegekommen sind, sondern für Quotenrechte aufgewendet werden mussten.

(B)

Die SPD hat daraus relativ frühzeitig ihre Konsequenzen gezogen und schon im Jahr 2000 die Abschaffung der Quote gefordert. Ich glaube, dass diese Forderung damals richtig war; und die Entscheidung heute zeigt, dass wir auch in der Ausgestaltung der Politik dazu beigetragen haben, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Wir dürfen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht jammern, sondern wir sollten die Chancen im Sinne unserer Landwirte und unserer Betriebe nutzen. Wir sollten die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass wir auch an den Standorten, wo es nicht einfach ist, Milch zu produzieren, eine vernünftige Bewirtschaftung von ökologisch wertvollem Grünland erhalten. Dazu kann die zweite Säule in erheblichem Umfang beitragen. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich glaube, mit Blick auf den Sektor kann man durchaus optimistisch in die Zukunft schauen. Der Sektor hat eine Wertschöpfung von mehr als 25 Milliarden Euro. Wir produzieren und verarbeiten mehr als 32 Millionen Tonnen Milch, und wir sichern allein rund um den Bereich Molkerei die Arbeitsplätze von über 30 000 Mitarbeitern. Ich finde, auch das sollte man klar und deutlich sagen. Das sind wichtige Arbeitsplätze, die vor allen

Dingen im ländlichen Raum Wertschöpfung sichern und dem ländlichen Raum eine Zukunft geben. **(C)**

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Es ist wichtig, dass man das im Blick behält und sich darauf konzentriert, statt die Milchwirtschaft schlechtzureden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Staatliche Milchmengenregelungen oder sich selbst regulierende Systeme sind angesichts der desaströsen Erfahrungen mit regulierten Systemen in diesem Bereich an sich obsolet geworden. Darum kann ich es nicht verstehen, dass man immer noch über diese Systeme spekuliert und diskutiert und versucht, ein bisschen von dem zu retten, was bei der Quote nie funktioniert hat. Ich glaube, das ist der falsche Weg. Da sind, glaube ich, die Möglichkeiten, die der Markt zur Steuerung des Sektors bietet, wesentlich besser.

Der Markt muss aber natürlich funktionsfähig bleiben. Wenn ich mir die Preisbildung ansehe, ist es, glaube ich, noch nicht an der Zeit, die Sektoruntersuchung des Kartellamtes einfach beiseitezulegen. Wir sollten uns das, glaube ich, noch einmal ansehen – auch bei unseren weiteren Entscheidungen beispielsweise zur Feinsteuerung. Wir sollten uns auch anschauen, ob wir das, was auf der europäischen Ebene als Milchpaket mit einer entsprechenden Perspektive verabschiedet worden ist, in Zukunft vielleicht gebrauchen können, wenn es die eine oder andere Marktkrise gibt. Die muss es aber nicht geben.

(D)

Vielleicht ist es angezeigt, auch danach zu fragen, inwieweit wir zum Beispiel politisch unterstützen können, wenn es darum geht, die Interessen der Milcherzeuger besser zu bündeln, ihre Marktmacht zu stärken und vor allen Dingen die Preisbildung zu verbessern. Denn wir brauchen entsprechende Instrumente, an denen sich Landwirte langfristig orientieren können, um ihre Risiken im Markt abzusichern. Das geht aber nicht so einfach.

Wenn an der Eurex pro Tag 146 Kontrakte gehandelt werden, ist das kein Grund zum Jubeln. Das zeigt, dass dieses System bislang nicht funktionsfähig ist. Darum mache ich mir, politisch gesehen, Sorgen, dass wir bisher nicht ausreichend viel getan haben, um dieses System funktionsfähig zu machen.

Markt braucht auch Absicherung von Risiken. Das muss nicht unbedingt – wie auf europäischer Ebene auch diskutiert wird – in Form von Versicherungen geschehen. Es wird dann aber das klare Bekenntnis von Politik benötigt, diese Maßnahmen zu begleiten – auch im Sinne vor allen Dingen derer, die uns als Landwirte bzw. Erzeuger am Herzen liegen, weil sie mit ihrer täglichen Arbeit dazu beitragen, dass ganz wichtige Kulturlandschaften in Deutschland und Europa gesichert werden. Was wir als Sozialdemokraten dazu tun können, tun wir gerne. Ich kann nur jeden auffordern, dabei mitzumachen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(A) Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Das Wort hat jetzt Friedrich Ostendorff, Bündnis 90/Die Grünen.

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich will versuchen, wieder zur Ernsthaftigkeit zurückzukehren. Wir wollen über Milch und nicht über Schnee reden.

Am 12. Oktober 1983 demonstrierten fünf westfälische Bäuerinnen und Bauern im Deutschen Bundestag in Bonn anlässlich der Einführung der Milchquote, die der damalige CSU-Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle mithilfe des Deutschen Bauernverbandes durchsetzte, um die weglaufernden Ausgaben einzudämmen. Es demonstrierten fünf junge westfälische Bäuerinnen und Bauern auf der Tribüne des Deutschen Bundestages mit der Parole „Milchkontingentierung – Ruin der Kleinbauern!“. Einer davon war ich.

(Gitta Connemann [CDU/CSU]: Echt?)

Der Richter empfahl, dass ich als Abgeordneter wiederkommen könne, sonst hätte ich keine Chance, wieder in den Bundestag zu kommen. Ich habe das beherzigt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit)

(B) – Um die Anekdote anzureichern: Der Zweite, der es noch schneller schaffte, war Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Der war dann 18 Jahre im Europaparlament.

1983 gab es 300 000 Milchbauern. Heute sind es etwas mehr als 75 000. Am 1. April 2015 läuft nach 31 Jahren die Quote aus. Was wird passieren? Wird die Menge explodieren? Droht die nächste Milchkrise? Die Risiken sind groß. Das Problem ist aber, dass Deutschland nicht vorbereitet ist. Diese Bundesregierung – das müssen wir feststellen – hat kein einziges Instrument in der Hand, um den totalen Verfall der Milchpreise und den Zusammenbruch der bäuerlichen Milchviehhaltung zu verhindern. Stattdessen bekommen wir von Ihnen immer nur die reine Lehre der Segnungen deregulierter, volatiler Märkte zu hören. Das ist Ihre Antwort. Eine wunderbare Antwort für die Bäuerinnen und Bauern draußen!

Was ist, wenn dieser Markt nicht funktioniert, weil zum Beispiel Bäuerinnen und Bauern überhaupt keine Marktmacht gegenüber den Molkereien haben? Was geschieht, wenn der Milchpreis plötzlich – wie bei der Milchkrise 2008 und 2009 – ins Bodenlose fällt, die uns ein Drittel der Milchbetriebe in der EU gekostet hat? War das nur ein milder Vorbote für das, was Milcherzeugern zukünftig bevorsteht? Was werden Sie tun, wenn die Wahlergebnisse in Bayern möglicherweise gefährdet sind? Werden Sie dann wieder Aigner'sche Kuhschwanzprämien einführen? Oder werden Sie wieder wie 2008 und 2009 – als wenn es nicht um Existenzen, sondern nur um Blechschäden gehen würde, die man

reparieren kann – sagen: Dies ist eine leichte Preisdelle? Was ist Ihre Antwort? **(C)**

Was wird sein, meine Damen und Herren, wenn die von Ihnen so propagierten Wachstumsbetriebe massiv in Schwierigkeiten kommen, weil sie durch viel zu hohe Schuldenlasten überhaupt nicht mehr in der Lage sind, starke Preisschwankungen auszugleichen? Was wird geschehen, wenn die immer weitere Konzentration und das Wachstum der Viehhaltung in Niedersachsen, NRW und Schleswig-Holstein zu einer weiteren Verschärfung der Grundwasserbelastung führen?

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU, wo kämpfen Sie für die Erhaltung der flächendeckenden Milcherzeugung?

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nirgends!)

Wo kämpfen Sie für eine Milchviehhaltung in benachteiligten Grünlandregionen? Wir finden in Ihrem Antrag davon nichts. Eine ausgedehnte Situationsbeschreibung ist Ihr Antrag, viel hübsche Prosa, keine Lösungen, rein gar nichts. Wir haben anderes auch nicht ernsthaft von Ihnen erwartet.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Milchsprecher de Vries empfiehlt den Bäuerinnen und Bauern, zynisch wie er ist: Wer für 32 Cent nicht melken kann, der sollte Beamter werden.

Wir Grünen haben gerade parallel zu dieser Debatte im Paul-Löbe-Haus 80 Menschen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Milchwirtschaft, Bäuerinnen und Bauern versammelt. Sie denken dort gerade darüber nach, wie man zukünftig den Milchpreis stabil halten kann, damit das Sterben der landwirtschaftlichen Betriebe nicht so weitergeht wie bisher; denn wenn wir das linear fortschreiben würden, hätten wir 2020 noch etwas über 60 000 Milchviehbetriebe. **(D)**

Es gab in den letzten Jahren viele Vorschläge von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und dem Bundesverband Deutscher Milchviehalter; diese haben am Problem orientiert konstruktiv versucht, Konzepte und Ideen für eine breite bäuerliche Milcherzeugung in die Debatte zu bringen. Sie von der CDU/CSU haben diese Vorschläge immer nur diffamiert und ignoriert, weil sie nicht vom Deutschen Bauernverband kamen oder der reinen Marktlehre widersprachen. Das war das, was Sie an Antworten gegeben haben. So eine Arroganz kann sich nur leisten, wer sich weit von Bäuerinnen und Bauern entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU, anstatt über eine vernünftige Mengenregulierung zu reden, haben Sie sich offenbar das Nachdenken darüber verboten. Anstatt Grünland zu schützen und konsequent zu fördern, haben Sie die Chance vertan, die Weidhaltung zu stärken, um die Milch flächendeckend und im benachteiligten Gebiet zu halten. Anstatt die Markt-

Friedrich Ostendorff

- (A) macht der Bäuerinnen und Bauern zu bündeln, wie wir es seit Jahren fordern, haben Sie weiter das Märchen von der heilen Welt der Genossenschaftsmolkereien erzählt. Anstatt aus schlechten Erfahrungen mit unsicheren Exportmärkten zu lernen, haben Sie die Betriebe ungebremst in die Russland-Krise rauschen lassen.

Für die Milchindustrie mag das Ende der Quote wie Weihnachten und Ostern an einem Tag sein, für die Marktideologen die Erfüllung ihrer kühnsten Schreibtischträume. Für viele Bäuerinnen und Bauern wird das zu einem noch schärferen Kampf ums Überleben führen. Wir appellieren daher an Sie, wie am Montag schon bei der Anhörung von den Verbänden, dem Bund Deutscher Milchviehhalter und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, geäußert, die wir ausdrücklich unterstützen: Wir brauchen ein Marktverantwortungsprogramm, wir brauchen eine starke Marktbeobachtungsstelle, und wir brauchen eine belohnte freiwillige Mengenreduktion. Sonst werden wir in Zukunft Probleme bekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stimmen Sie unserem Antrag zu! Sorgen Sie dafür, dass Milchbäuerinnen und Milchbauern in Zukunft auch in Bayern und Baden-Württemberg noch Kühe auf der Weide halten können und dass wir in Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch sauberes Wasser trinken können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

- (B) Der Kollege Kees de Vries hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Milchquote, 1984 eingeführt, um die produzierte Milchmenge zu begrenzen, bedeutete bisher besonders für kleinere Betriebe, dass Geld für Wachstum fehlte. So gingen der deutschen Landwirtschaft während der Zeit der Milchquote über 3 Milliarden Euro verloren. Deshalb begrüßen wir den Ausstieg. Wenn ein Betrieb wachsen will, bekommt er jetzt die Chance. Wir wollen nicht nur die flächendeckende Milchviehhaltung sichern, sondern wir tun das auch wirklich.

Ich komme selbst aus dem ländlichen Raum und war lange Jahre als Milchviehhalter tätig. Ich weiß sehr genau um die Bedeutung unserer Betriebe für den ländlichen Raum. Die Landwirtschaft bietet nicht nur viele hochwertige Arbeitsplätze, sondern sie gestaltet und pflegt auch unsere Dörfer und Kulturlandschaften. Daher richten wir mit unserem Antrag unser Augenmerk nicht nur auf die Auszahlungspreise, sondern auch auf strukturelle, ökologische und tierschutzrechtliche Aspekte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

(C) Wir wollen, dass kleinere und mittlere Betriebe weiterhin produzieren können. Das gilt sowohl für die Milcherzeuger als auch für die Molkereien. Deshalb wollen wir die guten Exportchancen unbedingt nutzen. „Made in Germany“ ist weltweit beliebt und steht für höchste Qualität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich kommen nicht nur Chancen, sondern auch Risiken auf unsere Bauern zu. Deshalb wollen wir Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen fördern. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Bundesregierung, neue Märkte zu erschließen. Wir fordern die Milchbauern auf, sich aktiver auch um die Vermarktung ihrer Produkte zu kümmern, zum Beispiel über die Warenterminbörse.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Internationale Wettbewerbsfähigkeit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch ein paar Bemerkungen zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich sehe da viele gute Ansätze:

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön! – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sehen wir auch! – Zurufe von der LINKEN)

Zum Beispiel ist der Wunsch nach mehr Milch aus Grundfutter der richtige Ansatz. Aber, meine lieben Kollegen, dafür brauchen wir qualitativ gutes Grundfutter, und das ernten wir nicht auf dem von Ihnen gewünschten extensiv bewirtschafteten Grünland.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD])

Auch die Umstellung der Zucht – weg von der Spitzenleistung hin zu mehr Lebensleistung der Tiere – ist richtig. Nur ist diese Umstellung schon vor zehn Jahren in Gang gesetzt worden.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 5,4!)

Den Wunsch aber nach höherer Förderung von Bio kann ich nicht verstehen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Was ist schlecht an Bio?)

Ich denke, wenn der Verbraucher Bio will, muss er auch bereit sein, das zu bezahlen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein guter Ansatz ist natürlich auch, die Marktmacht der Milchproduzenten zu erhöhen. Aber Erzeugergemeinschaften von Mitgliedern einer Genossenschaft zu fördern, das schießt nun wirklich am Ziel vorbei.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum?)

Die Idee, mal wieder einen Milchgipfel durchzuführen, ist wahrscheinlich nur wie folgt zu erklären: Wenn man nicht mehr weiter weiß, gründet man einen Arbeitskreis.

Kees de Vries

- (A) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Besser als nichts machen, so wie Sie!)

– Das ist Ihre Sicht.

Andererseits: Sie und der von Ihnen zitierte BDM haben vollkommen recht, wenn gesagt wird, dass eine gemeinsame freiwillige Mengenreduzierung für die Preise und damit für die Einkommen gut wäre. Nur: An den freiwilligen Verzicht auf Einnahmen kann ich nicht so recht glauben – Sie wohl auch nicht, und deshalb unterstützen Sie die Vorschläge des BDM, die wiederum auf eine weiterführende Mengensteuerung – auf gut Deutsch: Milchquote – hinauslaufen. Erstens hatten wir das schon, und zweitens hat unter anderem das Thünen-Institut schon festgestellt, dass die vorgeschlagenen Konzepte einfach nicht funktionieren können.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was machst du in der Krise?)

– Kosten sparen.

(Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kosten sparen – gut!)

Ich denke, ich brauche nicht alle Halbwahrheiten und unausgegorenen Ideen aus diesem Antrag einzeln aufzuführen, um klarzumachen, dass dieser Antrag komplett inakzeptabel ist.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. – Auch ich wünsche frohe Ostern, auch für unsere Kühe.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Die habe ich schon mit meiner Rede glücklich gemacht!)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Rainer Spiering, SPD-Fraktion.

Rainer Spiering (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Lassen Sie mich vorab etwas sehr Persönliches sagen. Es ist für meinen geschätzten Kollegen Wilhelm Priesmeier ein langer Weg gewesen, die Quote abzuschaffen. Wilhelm, herzlichen Dank, dass du so lange drangeblieben bist und das auch zu einem guten Ende geführt hast!

(Beifall bei der SPD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Der war das! – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Der Wilhelm hat die Quote abgeschafft! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Wilhelm hat die Quote abgeschafft! Das ist der Hammer! – Beifall der Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU])

Nun zur Sache. Ich habe meinen Vorrednern sehr aufmerksam zugehört. Es ist sehr intensiv darüber spekuliert worden: Was passiert wann? Das wird die Zukunft zeigen. Das wissen wir jetzt nicht.

Ich bin, ich glaube, vor drei oder vier Wochen zu Hause bei unserem Milchviehhalterring gewesen. Da ist

der Preis, der aktuell ausgehandelt worden ist, genannt worden. Ich glaube, es waren 31,8 Cent. Es war eine große Gemeinschaft von Milchviehhaltern. Ich hatte nicht den Eindruck, dass dieser Preis für sie völlig niederschmetternd ist, sondern ich hatte den Eindruck: Er ist für sie auskömmlich; damit können sie klarkommen. (C)

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, dass der Preis so bleibt. Wie sollte das auch sein? Damit komme ich zum Kernpunkt meiner Überlegungen, was die Milchquote angeht. Die deutsche Landwirtschaft ist heute Teil unserer mittelständischen Wirtschaft, nicht mehr und nicht weniger. Wir müssen akzeptieren, dass sich auch dieser Teil des Mittelstands am Markt bewegen muss, und zwar mit allen Vor- und Nachteilen. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, bei einem Produkt wie Milch zu versuchen, einen künstlichen Markt zu schaffen oder zu erhalten. Das wird sich auf Dauer nicht durchsetzen. Ich glaube, dass wir ganz andere Wege gehen müssen, um unsere Kulturlandschaft zu erhalten.

Das bäuerliche Produkt, die Milch, ist in der Form, in der wir gerade im mittelständischen Bereich in Deutschland Wirtschaft betreiben, Teil einer Prozesskette, und diese Prozesskette ist exzellent. Weil es eine exzellente Prozesskette ist, ist das Produkt am Markt weltweit veräußerbar. Das ist der einzige vernünftige Schutz, den die deutsche Milchviehwirtschaft hat:

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Sie ist Teil eines Prozesses, in dem langfristig ein Produkt von hoher Güte und hoher Qualität hergestellt wird; darauf setze ich. Die Risiken und alles, was dazu gehört, muss die bäuerliche Landwirtschaft auf den Märkten, die ihr zur Verfügung stehen, wie jeder andere Mittelständler und Handwerker auch, aushalten. Das müssen wir akzeptieren, das ist so. In den Gesprächen mit den Milchbauern hatte ich den Eindruck, dass sie mit der Abschaffung der Quote absolut einverstanden waren. Sie schafft für die, die nach vorne wollen, mehr Freiheit. (D)

Ich habe Wilhelm Priesmeier extra noch einmal angesprochen – es war mir aber auch erinnerlich –: Die Quote ist offensichtlich ein Handelsgut gewesen. Dass wir relativ viele Milchbauern verloren haben, ist der Tatsache geschuldet, dass die Quote veräußert worden ist. Ein Teil der kleineren Milchbauern hat diese Quote an größere veräußert. Insofern hatte der eine Bauer mehr Bewegungsfreiheit und der andere mehr Freiheit in Form einer angemessenen Rente. Auch das muss man deutlich sagen: Die Quote ist ein geldwertes Handelsgut geworden. Ob das im Sinne der Gesetzgebung war, das wage ich zu bezweifeln.

Lassen Sie mich den Rest meiner Rede auf einen anderen Punkt verwenden, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Bei der Auseinandersetzung mit der Milchviehhaltung ist mir etwas aufgefallen, was ich ausgesprochen toll finde. Das Produkt Milch ist für uns ein ganz wertvolles, eine Art Grundnahrungsmittel und wird entsprechend geschützt. Nun sind in der Debatte über die deutsche Tierhaltung Antibiotika ein sehr großes Thema. Ich habe zu meiner wirklich großen Freude festgestellt, dass Antibiotika bei der Milchviehhaltung so gut wie nicht

Rainer Spiering

- (A) verwendet werden. Warum nicht? Das hat klare Gründe: Wenn ich einer Milchkuh Antibiotika verabreiche, dann kann ich die Milch nicht verwenden. Wenn ich mich ordnungsgemäß verhalte, dann muss ich die Milch entsorgen. Also hat der Milchviehhalter Systeme entwickelt, um seine Kuh möglichst gesund zu halten. Das bringt mich zu der Einsicht, dass der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung aufgrund von Haltungssystemen sehr stark zu minimieren ist, wenn dahinter ein wirtschaftliches Interesse steht.

(Beifall bei der SPD)

Da die Milchviehhaltung in Deutschland exemplarisch vormacht, mit wie wenig Antibiotika wir auskommen können – das macht sie wirklich ganz toll –, ist das für mich ein Anlass, zu sagen: Der Antibiotikaeinsatz in der deutschen Tierhaltung ist grundsätzlich massiv zurückzufahren. Ich finde, hier geht die deutsche Milchviehhaltung mit tollem Beispiel voran.

Herzlichen Dank. Frohe Ostern!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Artur Auernhammer, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

- (B) Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin fast etwas irritiert. Ich habe festgestellt: Der Kollege Fritz Ostendorff und ich haben ein Stück weit die gleiche Biografie. Unsere Motivation für politisches Engagement bestand darin, gegen die Einführung der Milchquote zu kämpfen. Deshalb ist es für mich ein Tag der Genugtuung, wenn am 1. April die Quote ausläuft. Das ist ein guter Tag für die deutsche Landwirtschaft.

Ich frage mich aber auch: Was hätte Ignaz Kiechle heute von diesem Rednerpult aus gesagt? Als Bundeslandwirtschaftsminister hat er 1983/1984 die Debatte über die Milchquote eröffnet. Damals gab es sicherlich gute Gründe für die Quote. Aber er würde heute sagen: Warum habt ihr sie nicht schon längst abgeschafft?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Friedrich Ostendorff [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das wissen wir nicht!)

In den 31 Jahren Milchquotenregelung, lieber Kollege Ostendorff, haben 80 Prozent der Milchviehhalter ihre Milchviehhaltung eingestellt. Wo war also das Element der Strukturpolitik bei der Milchquotenregelung? Das Element der Strukturpolitik bestand darin, dass es durch Pachtkosten, durch Leasingkosten, durch Kaufkosten einen eminenten Geldtransfer innerhalb der Landwirtschaft gab. Es sind innerhalb der Landwirtschaft Milliardenbeträge von den aktiven Milcherzeugern zu den sogenannten Sofamelkern gewandert. Sehr viele Geldmittel sind auch nach Brüssel geflossen, Geld, das unseren aktiven Bäuerinnen und Bauern entzogen worden ist.

- Das müssen wir in dieser Kalkulation auch offen und ehrlich sagen. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jetzt herrscht die große Angst: Kommt am 1. April 2015 die große Milchwelle auf uns zu? Meine sehr verehrten Damen und Herren, nur einmal zur allgemeinen Erläuterung: Bevor eine Kuh Milch gibt, muss sie erst ein Kalb auf die Welt bringen. Dann kann sie vielleicht mit der Milchproduktion beginnen, wenn sie vernünftig gehalten und vernünftig gefüttert wird. Es kann also nicht sein, dass ab 1. April die Schleusen aufgehen. Die Tiere im Stall werden von diesem Tag nichts merken, und auch die Bäuerinnen und Bauern werden diesem Tag mit Ruhe entgegensehen können.

Aber eines muss uns klar sein: In den letzten 31 Jahren hat sich die Weltmilchproduktion um 40 Prozent erhöht. Die Milchproduktion in Europa und auch in Deutschland ist auf gleichem Level geblieben. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, die Weltautoproduktion hätte sich um 40 Prozent erhöht und die Autoproduktion in Deutschland würde sich auf dem gleichen Level wie 1984 bewegen. Wie würde unser Land heute aussehen? Lassen wir doch also unsere Bäuerinnen, unsere Bauern an dieser gestiegenen Nachfrage auf den Weltmärkten teilhaben. Ich bin der Meinung, wir sind dafür gut aufgestellt. Wir haben gute Produktionsvoraussetzungen in unserem Land. Wir haben ausreichend Regen. Wir haben gute Betriebe, die hier ihre Kühe halten und melken. Wir haben vielleicht noch etwas Nachholbedarf – das ist meine eigentliche Sorge im Hinblick auf den 1. April – bei der Struktur unserer Molkereiwirtschaft. Wir haben zwar gute Molkereien, die auch für den Export gut aufgestellt sind. Diese müssen sich aber noch besser organisieren, wenn es um Exportleistungen geht. Diesbezüglich bin ich froh, dass die Bundesregierung – allen voran Minister Schmidt und sein Staatssekretär Peter Bleser – großes Augenmerk darauf legt, dass auch die Exportmöglichkeiten der deutschen Milchwirtschaft gegeben sind. Dazu gehört auch TTIP. (D)

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Dieses Handelsabkommen ist Teil einer exportorientierten Milchpolitik; auch das müssen wir sehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Punkt noch, weil immer die Strukturpolitik angesprochen wird: Ja, es gibt unterschiedliche Produktionsvoraussetzungen in Deutschland. Wir haben in Sachsen-Anhalt bei Herrn Kees de Vries andere Produktionsvoraussetzungen als bei uns in Bayern. Die Bäuerin, der Bauer im Chiemgau, im Berchtesgadener Land mit seinen Pinzgauer Kühen kann mit den Produktionsvorteilen von großen Milchviehanlagen nicht mithalten. Diese Betriebe müssen wir deshalb nicht über eine Quote fördern, sondern gezielt – Sie erlauben mir, dass ich die Bayerische Staatsregierung hier ausdrücklich lobe –, zum Beispiel mit einem Kulturlandschaftsprogramm, mit gezielten Programmen, mit gezielten Maßnahmen, die die Milchviehhaltung hier vor Ort ermöglichen. Das muss eigentlich die Lösung sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer

- (A) Zum Schluss dieser Debatte: Verehrte Frau Präsidentin, wenn wir schon über Milch reden, wäre im Präsidium vielleicht zu überlegen, ob nicht auch hier am Rednerpult ein Glas Milch stehen könnte. Das heißt natürlich nicht, dass bei der Beratung des nächsten Weingesetzes hier etwas anderes steht.

(Dr. Wilhelm Priesmeier [SPD]: Das wäre die Folge!)

Zum Schluss dieser Debatte wünsche ich Ihnen allen gesegnete und frohe Osterfeiertage. Nutzen Sie die Zeit, sich zu entspannen und zu erholen. Fahren Sie durch die Lande. Erleben Sie, wie unsere Wiesen wieder grün werden. Damit diese Wiesen grün bleiben, brauchen wir eine deutsche Milchviehhaltung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Ulla Schmidt:

Vielen Dank. – Die Forderung nach Milch bitte ich an Ihren Parlamentarischen Geschäftsführer weiterzutragen; denn wir führen das dann nur aus, wenn das Parlament so beschließt.

Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/4424 und 18/4330 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

(B)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Sie jetzt alle in die wohlverdiente Osterpause entlasse, bitte ich Sie noch ganz kurz um Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit; denn wir haben noch zwei Überweisungen durchzuführen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sibylle Pfeiffer, Sabine Weiss (Wesel I), Frank Heinrich (Chemnitz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Gabriela Heinrich, Dr. Bärbel Kofler, Axel Schäfer (Bochum), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen

Drucksache 18/4425

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und

Reaktorsicherheit

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind die **Reden zu Protokoll** gegeben worden.¹⁾

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4425 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich sehe, das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Katharina Dröge, Kerstin Andreae, Manuel Sarrazin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nationales Reformprogramm 2015 – Wirtschaftspolitische Steuerung in der EU ernst nehmen und Investitionen stärken

Drucksache 18/4464

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Die **Reden sollen zu Protokoll** gegeben werden. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.²⁾

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/4464 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung angekommen. Ich wünsche Ihnen allen eine wohlverdiente Osterpause. Die letzten Wochen waren sehr intensiv. Ich hoffe, dass Sie alle Zeit für sich und Ihre Familie haben, um sich ein bisschen zu erholen.

Die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages berufe ich auf Mittwoch, den 22. April 2015, 13 Uhr, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 14.51 Uhr)

(D)

¹⁾ Anlage 8

²⁾ Anlage 9